

3. Sozialabzüge für Mieter

Parlamentarische Initiative Christoph Marty (SVP, Zürich), Marcel Suter (SVP, Thalwil), Patrick Walder (SVP, Dübendorf) vom 9. September 2024

KR-Nr. 289/2024

Christoph Marty (SVP, Zürich): Die meisten von Ihnen können sich noch gut an die Budgetdebatte des letzten Jahres erinnern. Eine epische Voten-Flut mit dem Ergebnis einer Senkung des Staatssteuerfusses um ein einziges lächerliches Prozent. Wissen Sie, wie stark eine solche Senkung einer Mittelstandsfamilie einschenken wird? Das wird einer Mittelstandsfamilie eine Einsparung von ungefähr 20 bis 30 Franken pro Jahr bringen, also etwas mehr als gar nichts. Unsere parlamentarische Initiative würde den fiskalischen Druck auf den Mittelstand um einen kleinen vierstelligen Betrag verringern. Es sollte mindestens für den Teil unseres Parlaments, der sich als liberal und/oder familienfreundlich deklariert, eine Selbstverständlichkeit sein, dass das Geld in den Taschen der Bürger bleiben müsste, statt im schwarzen Loch der Staatskasse zu versickern. Leider ist die realpolitische Situation eine andere. Anders als wir von der SVP, als die Partei des Mittelstands, sprechen sich die anderen Parteien des bürgerlichen Spektrums dezidiert gegen eine Steuersenkung aus. Erstaunlich ist die Metamorphose der Parteien des öko-sozialistischen Spektrums. Letztmalig hat der Mieterverband, mitgetragen von der SP, welche damals noch eine Vertreterin des arbeitenden Teils der Bevölkerung war, eine Initiative lanciert, welche für die Mieter das Gleiche wie unsere PI verlangt hatte. Über diese hatte die Stimmbevölkerung 1992 abgestimmt und sie wurde mit fast 50 Prozent Zustimmung um Haaresbreite abgelehnt. Aber die modernen Roten und Grünen kehren den traditionellen Familien und dem arbeitenden Teil der Bevölkerung den Rücken zu, sodass diese Gesellschaftsschichten heute nur noch von der SVP als der Partei des Mittelstands vertreten werden. Aber vielleicht haben Sie sich auch schon einmal gefragt, warum der arbeitende Mittelstand einen solchen hohen Anteil schultern sollte.

Ich möchte auch noch an etwas anderes appellieren, und das betrifft alle hier: Wir sind hier nicht die hohen Damen und Herren. Was wir hier tun sollten, sollte ein Dienst an der Gemeinschaft sein. Davon merkt einer wie ich, der ausser seinem Milizamt nicht im Politikbetrieb eingebettet ist, je länger, je weniger. Das Ziel unserer Ratstätigkeit darf es nicht sein, die Wirtschaftsleistung der Menschen nach Kräften zugunsten des immer weiter wuchernden Umverteilungsstaats auszubeuken. Aber genau das passiert hier. Seit ich dieses Amt innehave – ganz neu bin ich hier auch nicht mehr –, haben gefühlte drei Viertel aller Vorstösse, die hier verhandelt werden, für die Lebensqualität, für das Portemonnaie und für die soziale Wohlfahrt des Mittelstands negative Folgen. Diese parlamentarische Initiative hat zum Ziel, hier eine Wende einzuleiten. In Zeiten explodierender Kosten, Abgaben und Gebühren ist eine echte Entlastung des Mittelstands absolut nötig. Und als die Partei des Mittelstands wollen wir eine Veränderung herbeiführen – und das ist anstrengend; kein Wunder, seid ihr alle dagegen. Aber viele unter uns sind

wohl auch dagegen, weil sie durch ihre Ratstätigkeit eine derartige Deformation erfahren haben, dass sie mittlerweile davon ausgehen, dass das Einkommen der Bürger zuerst einmal der Politik und der Verwaltung zur Verfügung zu stehen hat, was dann übrigbleibt, das können die Menschen behalten. Aller Voraussicht nach werden sich – ausser uns – wieder alle Parteien dieses Rats für die Interessen des Politikbetriebs und der Verwaltung und gegen die Interessen der Bevölkerung aussprechen.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Dieser Sozialabzug ist ein Irrweg im Kampf gegen die Mietkosten, denn der Vorschlag klingt im ersten Moment verlockend, schliesslich sind die Mietkosten neben den Krankenkassenprämien eine der grössten finanziellen Sorgen der Bevölkerung. Doch anstatt einer echten Lösung bringt dieser Abzug neue Probleme; ein solcher Abzug treibt die Preise in die Höhe, ersetzt falsche Anreize, macht teurere Wohnungen attraktiver und lässt die Mieten weiter steigen. Am Ende profitieren die Vermieter und Gutverdienenden am meisten, während der Markt für alle anderen noch schwieriger wird. Selbstverständlich muss sich das Vermieten lohnen, andernfalls investieren Private ihr Kapital anderswo und es gibt weniger Wohnraum – doch nicht auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Wohnungsnot und der Druck auf den Wohnungsmarkt bleiben trotz Neubauten hoch. Die Nachfrage übersteigt das Angebot an bezahlbaren Wohnungen. In den letzten Jahren entstanden neue Stadtteile in Glattpark, Bülach Stettbach, Leutschenbach und bald auch in Regensdorf. Doch die neu gebauten Wohnungen sind häufig teurer und bieten weniger Platz, günstigere, ältere Wohnungen verschwinden nach und nach vom Markt. Es gäbe noch viel leerstehende Büroflächen zur Umnutzung. Ich verstehe, dass auch das Gewerbe günstigen Raum benötigt, doch leere Büros helfen dem Gewerbe auch nicht.

Obwohl es auch vergünstigten Wohnraum gibt, profitieren nicht immer diejenigen davon, die ihn am dringendsten brauchen. Bei steigendem Einkommen sollten solche Vergünstigungen angepasst und abgebaut werden, wie es schon viele Bau-genossenschaften handhaben. So verliert man nicht die Wohnung, und die Genossenschaft erhält eine Marktmiete, die sie wiederum für andere preisgünstige Wohnungen einsetzen kann. Auch die fehlende Transparenz verzerrt den Mietmarkt. Mietende wissen oft nicht, wie sich der Mietpreis verändert. Der Vormietzins bei Wohnungswechseln braucht klarere Regeln, um faire Preise zu sichern.

Eine Lösung, teure Mieten über Steuern zu subventionieren, geht am Kern des Problems vorbei. Der Wohnungsmarkt braucht echte Reformen, keine Quersubventionen durch Steuerabzüge, die die soziale Schieflage nur weiter verschärfen. Wir Grünliberale lehnen diesen Vorstoss, welcher überdies bundesrechtswidrig ist, ab und konzentrieren uns auf echte Lösungen des Wohnproblems. Danke schön.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Wir haben diese Debatte in leicht anderer Form bereits am 9. September geführt (*bei der Behandlung von KR-Nr. 219/2014*). Ich

war, ehrlich gesagt, gespannt, mit welchen Argumenten heute Christoph Marty diese Debatte eröffnen würde. Er tat es, ich würde sagen, wie fast gewohnt in sehr populistischer Manier. Es bleibt mir jetzt nichts anderes übrig, als mich trotzdem auch noch dazu zu äussern. Ich wollte eigentlich darauf verzichten, denn ich habe am 9. September namens der FDP-Fraktion ausgeführt, weshalb wir die damalige PI, welche Abzüge für Mieter und Wohneigentümer forderte, nicht unterstützen würden. Die SVP hat ihren damaligen Vorstoss im Wesentlichen rezykliert. Entsprechend kann auch ich es mir einfach machen und mein damaliges Votum rezyklieren. Christoph Marty, lieber Christoph, du erlaubst mir also heute grün zu sein, ohne rot zu werden. *(Heiterkeit)*

Wir sind weiterhin klar der Ansicht, dass es falsch ist, die Herausforderung «Wohnkosten» über das Steuerrecht lösen zu wollen. Folgende Gründe fallen für uns dafür ins Gewicht: Erstens, der Hauptgrund für die hohen Wohnkosten ist das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sowie kostentreibende Vorschriften. Da haben wir Handlungsbedarf, und daran ändert die PI nichts, im Gegenteil. Zweitens ist es für uns wichtig, nicht nur die Absicht, die mit einem Vorstoss erreicht werden soll, zu beurteilen, sondern vor allem auch die Auswirkungen. Ein Steuerabzug jenseits von Gestehungskosten ist immer eine Subvention, und Subventionen verändern die Preise. Das Wohnen würde mit der PI subventioniert und damit günstiger. Auf diese Weise kann man sich mehr Wohnraum beziehungsweise eine teurere Wohnung leisten als ohne Abzug. Übrigens wird es dann nur noch attraktiver, in den Kanton Zürich zu ziehen. Will das die SVP wirklich? Jedenfalls würde das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nur noch grösser. Der SVP-Abzug würde also preistreibend wirken, und von der Subvention würden letztlich die Hauseigentümer, aber nicht die Mieter profitieren, ein klassisches Beispiel eines kontraproduktiven Vorschlags. Dann haben wir, drittens, auch noch einen steuersystematischen Punkt: Unser Steuerrecht hat keinen Mangel an Abzügen. Auch wir wollen die Steuerlast senken, und es ist nicht so, Christoph Marty, dass wir uns explizit gegen Steuer-senkungen aussprechen würden. Ich bitte Sie, da vielleicht die eine oder andere Ratsdebatte noch intensiver zu verfolgen, als Sie das jetzt schon sicher tun. Aber wir möchten die Steuerlast nicht über einen weiteren Abzug senken, einen Abzug, für welchen man wieder Steuerkommissäre beschäftigen muss und der, wie gesagt, zu mehr Nachfrage und mehr Wohnungsknappheit führt.

Wir haben Handlungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt. Es wird zu wenig gebaut, und die Kosten werden durch staatliche Vorschriften hochgetrieben. Diese parlamentarische Initiative ändert daran nichts. Wir können und sollten diese Probleme nicht über das Steuerrecht lösen. Wir werden die parlamentarische Initiative deshalb auch in dieser Form nicht vorläufig unterstützen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Vor kurzem habe ich für fast das gleiche Thema schon mal abgestimmt; damals hatten wir noch die Wohneigentümer drin. Was ist jetzt anders beziehungsweise was ist in der Zwischenzeit passiert? Relativ viel:

Zuerst betreffend die Wohneigentümer, die jetzt nicht mehr drin sind. Wir, die SVP/EDU-Fraktion, wollten dies ja für beide, aber alle restlichen Parteien nicht. Die Wohneigentumsbesitzer haben verständlicherweise keine Freude, da sie sehr bald massiv mehr bezahlen müssen mittels höheren Eigenmietwerts. Ich warte bis heute auf die unterstützende Medienmitteilung für die letzte PI. Dann wäre nämlich die bereits vorab bekannte Erhöhung – die war vorher schon angekündigt – mittels eines neuen Abzuges wieder ausgeglichen beziehungsweise zumindest vermindert. Diese Chance wurde leider verpasst.

Noch schlimmer der Mieterverband: Statt sich sachlich um Mieter zu kümmern, sind sie einfach nur links. Zwei Drittel (*der Bevölkerung*) im Kanton Zürich sind Mieter. Zumindest ausserhalb der Stadt Zürich ist aber eine Mehrheit der Mieter sicher nicht links. Achtung, dann wäre ich ja auch links. Und das hat mir jetzt nach 25 Jahren in der Politik doch noch niemand unterstellt. Einfach eine sehr mieterfreundliche Vorlage nicht zu unterstützen, nur weil sie vom falschen Absender kommt, ist nur eines: fragwürdig.

Eines ist klar, es gibt nur einen Kanton Zürich und damit nur eine Kasse. Diese Kasse wird bald massiv gefüllt mit den erwähnten Mehrerträgen. Ich persönlich und die SVP/EDU-Fraktion sind natürlich nicht erfreut darüber, aber unser Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) wurde dazu quasi gezwungen. Einen Vorteil hat es indirekt: Das unbegründete Klagen von «wir können es uns nicht leisten, Sozialabzüge für Mieter einzuführen» hat ein Argument weniger; ein grosser Teil der Steuerausfälle wäre wieder in der Kasse drin.

Alle Argumente wiederhole ich nicht nochmals vom letzten Mal, sondern nenne konkrete Zahlen, wie wir, die SVP und EDU, Mieterinnen und Mieter entlasten wollen. Da überall verschiedene Gemeindesteuerfüsse gelten, nehme ich als Beispiel die Stadt Zürich: Ein verheiratetes Paar, ein durchschnittlich steuerbares Einkommen von 60'000; dieses Paar würde zwischen 500 und 1300 Franken Steuern sparen, je nachdem wie hoch die Miete ist, also im Minimum fast 42 Franken pro Monat und bis zu 108 Franken pro Monat. Der Durchschnitt hätte somit beispielsweise die Erhöhung der Krankenkassenprämie abgedeckt. Beim gleichen Paar mit einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken: eine Bandbreite von 700 bis 1700, also von fast 60 Franken bis über 140 Franken pro Monat. Das sind Fakten, das heisst, eine allfällig teure Wohnung, die Erhöhung Krankenkassenprämie et cetera wären zumindest teilweise abgedeckt und am richtigen Ort, ein ganz wichtiger Punkt, bei den Steuerzahlern. Der Staat ist nicht besser im Verwalten von Einkommen, das sich unsere Einwohnerinnen und Einwohner erarbeitet haben. Nein, ist er nicht. Genau das Gegenteil ist in der Regel der Fall. Wir wollen, dass mehr Geld im Portemonnaie von uns allen bleibt. Die Beträge sind erheblich. Darum ist diese PI von A bis Z richtig und durchdacht, weil es die Betroffenen mit höheren Mieten mehr entlastet als die mit tieferen, plus ist das Ganze natürlich gegen oben gedeckelt, was auch Sinn macht.

Wenn wir beim übernächsten Budget des Kantons Zürich unter anderem auch über den Steuerfuss reden werden, kommt dann wieder von links die lapidaren Aussage «das macht nichts aus, das merkt der Durchschnitt gar nicht». Nochmals:

Sie haben jetzt die Möglichkeit, dieser PI zuzustimmen, und der Durchschnittsmieter wird mit 500 bis 1300 Franken pro Jahr entlastet. Sagen Sie das bitte Ihren Wählern, dass das nichts ist, viel Glück dabei. Stimmen Sie dieser PI zu, sonst nehmen wir erstaunt zur Kenntnis, dass nur die SVP und die EDU sich für die Entlastung der mietenden Personen in diesem Kanton einsetzt. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Geschätzte SVP, wenn Sie am 9. September zugehört hätten, was FDP, was GLP, was die Mitte, was die SP, was wir Grünen gesagt hätten, dann wüssten Sie eigentlich, dass Sie heute einzig bei Ihren eigenen Stimmen landen werden; Sie müssen gar nicht so überrascht tun, es liegt völlig auf der Hand. Wenn Sie nochmals die letzte Debatte durchgelesen hätten, dann wüssten Sie – ausser aus populistischen Gründen –, dass es wirklich keinen Grund gibt, dasselbe in Grün oder jetzt in Ihrer Parteifarbe nochmals vorzuführen.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Wir können es kurz machen: Wir haben bereits im September ausgeführt, wieso wir den Vorstoss der SVP nicht unterstützt haben, das gilt selbstverständlich auch für die parlamentarische Initiative. Wir sind grundsätzlich gegen Subventionen im Wohnungsbereich, sei es durch direkte Zahlungen oder durch Steuerabzüge, was einfach ein anderer Weg ist. Um die Wohnungsknappheit zu lösen, braucht es ein grösseres Angebot. Wie bereits die Vorrednerinnen und Vorredner festgestellt haben, ist der richtige Weg über den Richtplan beziehungsweise die Bau- und Zonenordnung in den einzelnen Gemeinden.

Der Abzug ist auch steuersystematisch falsch. Wir brauchen keine neuen spezifischen Einzelabzüge, die die Bürokratie vergrössern. Wenn wir die Steuerlast senken wollen, dann reduzieren wir entweder den Steuertarif oder erhöhen sinnvollerweise den persönlichen Abzug. Auch bereits schon festgestellt: Der Vorstoss ist bundesrechtswidrig. Das Steuerharmonisierungsgesetz regelt abschliessend, welche Steuerabzüge zulässig sind. Aus diesem Grund lehnt die Mitte die parlamentarische Initiative ab und wird sie nicht unterstützen.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Sozialabzüge für Mieterinnen und Mieter, das ist irrsinnig schön. Das wünschen wir uns eigentlich alle, dass das Leben billiger wird. Es wäre ja noch schöner, wenn es nicht nur Mieterinnen und Mieter wären, sondern eben auch Hauseigentümer. Von daher könnte man ja sagen: so eine super Idee.

Ich freue mich eigentlich, dass wir auf die gleichen Zahlen kommen. Die durchschnittliche Miete ist 24'000 Franken im Kanton Zürich, das heisst, er oder sie darf dann 8000 Franken abziehen. Das durchschnittliche steuerbare Einkommen liegt bei 70'000 Franken, das heisst, es sinkt dann auf 62'000. Ich bin wirklich froh, dass wir auf die gleiche Steuerersparnis kommen, wie wir sie vorhin gehört haben, je nachdem fast 1000 Franken oder sogar mehr. Wollen wir jetzt das unseren Mieterinnen und Mietern nicht schenken? Jetzt könnte man sagen, «logisch möchten wir das gerne». Aber, wir haben es gehört, es ist ein namhafter Betrag.

Wie viele Haushalte von Mieterinnen und Mietern haben wir im Kanton Zürich? Wir haben etwa 700'000 Haushalte und davon sind etwa 500'000 Haushalte Mieterinnen und Mieter, und denen schenken wir jetzt 1000 Franken – ich korrigiere mich, wir verlangen es weniger. 500'000 Haushalte mal 1000 Franken, das gibt 500 Millionen. Und wenn Sie mir heute erklären können, woher wir diese 500 Millionen nehmen, dann bin ich der Erste, der «go for it» sagt. Aber wenn ich unser Budget anschau, und da muss ich schon schmunzeln, die Kantone Zug und Neuenburg wurden erwähnt: Kennen Sie den Gewinn im Kanton Zug im 2023? 461 Millionen. Wissen Sie, wie viele Leute im Kanton Zug wohnen? Weniger als im Bezirk Bülach. 130'000 Personen erwirtschaften dort einen Gewinn von 461 Millionen. Wie sieht das bei uns aus im 2023? Wir haben 1,6 Millionen Leute, die hier leben und arbeiten. Welchen Gewinn hatten wir im 2023? Minus zwei Millionen. Das ist doch der Punkt. Wenn Sie mir sagen, woher wir diese halbe Milliarde haben, dann verteilen wir das. Aber ich weiss einfach nicht, woher ich die Kohle holen soll. Und ich sage es Ihnen etwas salopp: Das zweite Beispiel war der Kanton Neuenburg. Wissen Sie, was der Kanton Neuenburg ist? Eine Steuerhölle. Also: «In Zug hett mär's und in Neuenburg brucht mär's». Aber das ist nicht der Kanton Zürich. Die Absicht ist da, Geld zu verteilen. Aber wo sparen wir eine halbe Milliarde ein? Wir haben es erwähnt, wir müssen entweder über das Angebot im Wohnungsmarkt sprechen oder – was wir ja nicht gerne haben, ich auch nicht – über die Nachfrage, vor allem wenn man in einem grossen Haus wohnt. Dann spricht man ja nicht gerne darüber. Wir sprechen auch nicht gerne darüber, dass, wenn alle Single sind, jeder eine Küche braucht. Wenn Sie zu zweit wohnen, dann brauchen Sie eine Küche zu zweit, und wenn jeder alleine wohnt, dann braucht eben jeder für sich eine Küche. Aber ich kann ja den Leuten nicht vorschreiben, dass sie zu dritt oder zu viert wohnen müssen. Also wir müssen über das Angebot sprechen; wir sollten schneller bauen, dichter bauen, höher bauen, und wir sollten 500 Millionen dann verteilen, wenn Sie mir sagen können, wo wir diese finden. Solange wir die nicht finden, müssen wir als EVP-Fraktion leider Ihren Vorstoss schweren Herzens ablehnen.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): «Tobias Langenegger von der SP Zürich äussert sich kritisch zur parlamentarischen Initiative, die seiner Meinung nach die Probleme im Wohnungsmarkt nicht an der Wurzel packt. Er betont, dass die steigenden Mieten vor allem durch institutionelle Anleger und deren Renditestreben verursacht werden, was das Wohnen unerschwinglich macht.

Langenegger fordert eine Stärkung gemeinnütziger Wohnbauträgerinnen und Wohnbauträger, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, und kritisiert die Initiative als kurzfristig, da sie lediglich Symptome lindert, anstatt die Ursache zu bekämpfen. Zudem warnt er vor den finanziellen Folgen der Initiative, die zu erheblichen Steuerausfällen führen könnte, ohne nachhaltige Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter zu bringen.»

Ich danke ChatGPT (*künstliche Intelligenz*) für die Zusammenfassung meines Votums vom 9. September. Es gibt nichts mehr beizufügen, ausser dass ich es schon

sehr schwierig finde, wenn man so Ratsarbeit betreibt; wir sind kein Workshop, wir sind ein kantonales Parlament. Besten Dank.

Gianna Berger (AL, Zürich): Wir setzen uns seit jeher gezielt für die Interessen von Mieterinnen und Mietern ein. Das war bereits 1992 der Fall, als die AL mit einer Initiative für Mieterinnen-Abzüge antrat und knapp scheiterte. Damals war die Forderung nach einem Mieterabzug sinnvoll. Heute jedoch sind die Anforderungen grundlegend anders. Die Mietkrise hat sich massiv verschärft und die Steuerharmonisierungsgesetze wurden eingeführt. Um diese Gesetze zu umgehen, wird der Abzug auch als Sozialabzug deklariert, bei dessen Gestaltung haben die Kantone mehr Handlungsspielraum, um unter dem Radar zu bleiben. Rechtlich ist es allerdings grenzwertig.

Die PI bekämpft Symptome, ohne das Mietproblem an der Wurzel zu packen, und würde dem Staat erhebliche Mittel entziehen, die für nachhaltige Wohnbaupolitik dringend benötigt werden. Die zu erwartenden Steuerausfälle wären enorm. Im Kanton Zürich gibt es rund 510'000 Miethaushalte. Und in der Stadt Zürich, wo über 90 Prozent der Haushalte zur Miete wohnen, würde ein durchschnittlicher Mietabzug von 5000 Franken, was noch wenig wäre, für 1 Milliarde Franken steuerbares Einkommen wegfallen. Bei einem Grenzsteuersatz von 7 Prozent entspricht das einem Steuerausfall von etwa 90 Millionen Franken. Das sind 8 Prozent der städtischen Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Mit diesem Betrag könnte man jedem zehnten städtischen Mieterhaushalt ein sozial orientiertes Wohngeld von 350 Franken monatlich gewähren. Der Steuerabzug könnte die Mietpreise weiter antreiben, indem er Mieterinnen und Mietern erlaubt, höhere Mieten zu verkraften. Damit würde die PI preistreibend wirken, wodurch sich das bestehende Ungleichgewicht am Wohnungsmarkt zusätzlich verschärfen würde. Die SVP zeigt sich in der Begründung der PI inkonsequent, weil sie den subventionierten Wohnbau zum Beispiel 2005, 2011 und erneut 2017 ablehnte und gegen Wohnbaukredite stimmte. Es geht also primär um eine Steueroptimierung für gutverdienende Personen ohne Rücksicht auf die Finanzen von Kanton und Gemeinden. Es ist absehbar, dass bald wieder eine PI folgt, die auch Eigentümerinnen und Eigentümern einen Abzug von 30 Prozent gewähren will, ein Vorstoss, der die sozialen Ungleichgewichte nur verschärfen würde.

Die Mietproblematik lässt sich nicht durch Steuerabzüge lösen. Davon profitieren vor allem Menschen mit höherem Einkommen, und es kostet den Staat notwendige Steuergelder für echte Lösungen. Die Probleme auf dem Wohnmarkt müssen durch eine sozialverantwortliche Wohn- und nicht durch Steuerpolitik gelöst werden. Deshalb bitten wir Sie, diese PI abzulehnen. Vielen Dank.

Christoph Marty (SVP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Vorab möchte ich mit dem Märchen der Bundesrechtswidrigkeit aufräumen. Unsere PI ist mehr oder weniger eins zu eins vom Steuergesetz des Kantons Zug abgeschrieben, wo diese Sozialabzüge seit Jahren bundesrechtskonform den Einwohnern gewährt werden.

Zur SP-Fraktion: Bezeichnend, dass der Fraktionsreferent nicht einmal auf die Vorlage eingehen will. Ihr werdet schon wissen, warum. Ich kann nur eins sagen, es geht hier nicht um die Lösung der Probleme des Wohnungsmarkts, es geht um die Entlastung der Menschen, welche das Geld erarbeiten müssen, welches eure Ratsseite hier drin verschwendet, als ob es kein Morgen gäbe.

Zur GLP: Die grösste Schuldenfalle von Herrn und Frau Schweizer sind nicht Krankenkassenschulden, es sind Steuerschulden. Das ist die grösste Gefahr, dass jemand in einer Schuldenfalle feststeckt, aus der er nicht mehr rauskommt. Das sind die Zahlen. Das ist erwiesen von der Schuldenberatung Schweiz und weiteren. Es sind nicht die Krankenkassen, es sind die Steuern. Man müsste hier ansetzen, wenn man etwas machen möchte. Dass die neuen Wohnungen teurer sind, also massiv teurer als Bestandesmieten, also alte Wohnungen, ist auch eine Folge eurer Politik. (*Unruhe im Ratssaal*) Mit diesem Vorschriftenkorsett, das hier verabschiedet wurde von wegen Umweltschutz, Lärmschutz, Vorschriften für die Grösse vom Fenstern, für alles Mögliche, es ist für jede Türe vorgeschrieben, wie breit sie sein muss, und dann die Schallschutzanforderungen, der Brandschutz und, und, und ... Es ist heute gar nicht mehr möglich, billige Häuser, wie sie jetzt reihenweise abgerissen werden, neu zu bauen. Das geht nicht mehr, keine Chance. Man kann die nur noch billig vermieten, wenn man sie subventioniert. Anders geht das nicht mehr. Ihr löst keine Probleme. Ihr schafft mit eurer Arbeit tendenziell neue.

Zur Mitte: Das hört ihr nicht so gerne, verstehe ich ein Stück weit. Lieber Mario Senn, wenn deine Theorie auch nur ansatzweise stringent wäre oder stimmen würde, dann müssten zum Beispiel der HEV (*Hauseigentümerverband*) oder auch eine andere Gruppierung, die müssten euch mit wehenden Fahnen hinterherlaufen. Ist, glaube ich, nicht passiert. Die FDP ist doch einmal mit dem Slogan angetreten «mehr Freiheit, weniger Staat». Mittlerweile seid ihr zu einer der wichtigsten Stützen des Nanny- und Umverteilungsstaats geworden.

Steuern, welche nicht erhoben werden, das sind keine Geschenke. Das ist Geld, das die Menschen erarbeitet haben, das den Menschen gehört und das nicht uns hier drin und der Verwaltung gehört. Das muss man auch einfach einmal sagen können. Liebe Jasmin Pokerschnig, es liegt völlig auf der Hand, dass ihr nicht darauf eingehen wollt. Das Einkommen würde dem Bürger gehören und nicht dem Staat. Es gehört nicht automatisch dem Staat, nur weil es der Bürger erarbeitet hat. Und was der Staat nicht nimmt, ist kein Geschenk an den Bürger.

Und zum lieben Donato Scognamiglio: Das Budget, über das wir hier beraten, beträgt an die 20 Milliarden. Da sind die 500 Millionen doch eine relativ überschaubare Grösse, auch wenn es immer noch ein horrend hoher Betrag ist, wobei 500 Millionen doch tendenziell hoch gegriffen sind. Ich schätze, es sind so zwischen 300 und 450 Millionen, die fehlen würden.

Nun zur AL: Ihr habt genau das Gleiche gefordert, wie wir heute fordern. Diese PI sollte die Benachteiligung derjenigen abmildern, welche nicht in den Genuss einer subventionierten Wohnung, einer Genossenschaftswohnung oder einer Alt-

bestandswohnung kommen. Wer heute eine Wohnung mieten muss und keine Beziehungen hat oder kein riesiges Glück hat, dass er eine günstige Wohnung findet, der zahlt, der zahlt richtig heftig.

Noch zu meiner Interessenbindung: Ich bin nicht Mieter. Ich habe schon in jungen Jahren herausgefunden: Es lohnt sich nicht, Miete zu bezahlen. Meine Interessen sind nicht davon tangiert. Es wäre etwas für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land und es wäre schön, wenn ihr euch dem nicht verschliessen würdet.

Ratspräsident Jürg Sulser: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 289/2024 stimmen 49 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.